


Und zum zweiten: Soll es dabei sein Bewenden haben, dass der Wahrheitsbeweis die Rechtswidrigkeit und damit die Strafbarkeit der üblen Nachrede unter allen Umständen ausschliesst? Mit dem Hinweis darauf, dass der Wahrheit der Mund nicht verbunden werden dürfe, und dass sich niemand darüber beklagen könne, wenn sein Verschulden, sei es früher sei es später, an den Tag kommt, lässt sich die Frage nicht abtun. Wie das oben angeführte Beispiel zeigt, ist auch die Wahrheit dem Missbrauch ausgesetzt. Manche Strafgesetzbücher kennen das an und bestrafen die üble Nachrede, obgleich sie der Wahrheit keinen Zwang antut, wenn sie weder redlichen Motiven entspringt noch einem rechtlichen Zweck dient. Zugegeben, solche gesetzlichen Bestimmungen stellen an die Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit des Gerichts grosse Anforderungen. In der Hand eines von Klassenvorurteilen beherrschten Beamten können sie gefährlich werden. Aber hier wäre wiederum zu prüfen, ob sich nicht eine Fassung finden liesse, die vor dem schlechten Willen des Richters Schutz gewährt, zumal wenn die Reichstagskommission, der der Entwurf nach der ersten Lesung überwiesen worden ist, sich die Erfahrungen derjenigen Länder zu nutze macht, in denen diese Neuerungen bereits erprobt worden sind.

XX

EDUARD BERNSTEIN · ZUR REICHSFINANZAUF- BESSERUNG

 ISHER spielte der Streit um die Reichsfinanzaufbesserung¹⁾ nur zwischen den Blockparteien. Neuerdings ist jedoch auch innerhalb der Sozialdemokratie eine Meinungsverschiedenheit über die Stellung zu ihr laut geworden. Mit einer gewissen Zurückhaltung in der Form, mehr implicite als in direkter Aussprache, haben in der *Neuen Zeit* J. Karski und K. Kautsky gegen die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Reichsfinanzaufbesserung beobachtete Haltung polemisiert, und, was sie nur andeutungsweise zu verstehen gaben, hat der ihnen gleichgesinnte, aber durch keinerlei Skrupel noch Zweifel beschwerte *Parvus* in einer von ihm herausgegebenen Zeitungskorrespondenz unverblümt ausgesprochen: die Fraktion ist ihnen zu *steuerwillig*. Inwiefern, das ist leicht erklärt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und insbesondere die von ihr in die Finanzkommission entsandten Mitglieder haben sich, wie man weiss, für diejenigen in der Regierungsvorlage enthaltenen und ebenso auch für diejenigen von anderer Seite vorgeschlagenen Steuern erklärt, die entweder schon in der Form sich als direkte Steuern offenbarten oder ihrer vorausgesetzten Wirkung nach als Steuern auf Besitz und arbeitsloses Einkommen erscheinen. Nun ist aber das Loch im Reichshaushalt, das durch die jetzige Finanzaufbesserung gestopft werden soll, im wesentlichen durch Ausgaben für Zwecke verursacht worden, die von der Sozialdemokratie bekämpft werden. Wenn also die Sozialdemokraten im Reichstag bei der Finanzaufbesserung selbst nur für die Steuern auf den Besitz stimmen, so setzen sie sich nach den genannten Parteimitgliedern mit sich selbst in Widerspruch. Ihre Parole dürfe nicht sein *Keine indirekten Steuern!* sondern müsse lauten *Überhaupt keine neuen Steuern,*

¹⁾ Diese Bezeichnung scheint mir für das Unternehmen durch ein Gemisch von Steuern aller Art den Reichsfinanzen aufzuhelfen passender als das gute Wort *Reform*.

Verringerung der Ausgaben durch Einschränkung der Rüstungen! In diesem Zeichen werde die Sozialdemokratie siegen. Es sei die einzige ihren Grundsätzen entsprechende Parole.

Nur wenige Parteiblätter haben, soweit ich es übersehen kann, bisher von dieser Kritik an der Fraktion Notiz genommen; sei es, dass man ihr keine Bedeutung beilegte, sei es, weil man überhaupt den Geschmack an der Diskussion von Parteifragen verloren hat: die natürliche Folge der beliebten Manier solche Auseinandersetzungen durch Einstreuung von denunziatorischen Schlagworten zu würzen. An dergleichen fehlt es auch diesmal nicht. Der dazu ganz besonders berufene *Parvus* hat nicht verfehlt in seinen Deduktionen an geeigneter Stelle den schwarzen Mann *Revisionismus* aufmarschieren zu lassen. Indes, wer soll damit hinters Licht geführt werden? Die Sache, der die Angriffe gelten, ist viel älter als der Revisionismus und ist von Leuten verfochten worden, die man sonst gern für den *Radikalismus* in Anspruch nimmt. Womit freilich noch nicht gesagt ist, dass sie über aller Kritik stehe.

Auf den ersten Blick hat die Parole *Keine Steuern irgend welcher Art, Abrüstung!* unzweifelhaft viel Bestechendes. Sie hat den Vorzug der Einfachheit, ich möchte fast sagen: der Einfältigkeit im biblischen Sinne dieses Wortes. Werden die Rüstungen eingeschränkt, so wird weniger Geld gebraucht, und wenn weniger Geld gebraucht wird, braucht man keine neuen Steuern. Das ist so klar wie das Einmaleins. Der wenigst Geschulte kann es begreifen. Ausserdem ist es selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie sich nicht damit begnügen kann die von der Regierung und den Mehrheitsparteien beliebte Art der Deckung des Reichsdefizits zu bekämpfen sondern die Forderung zu erheben hat, dass das Übel an der Wurzel, an den Ursachen des Entstehens und unablässigen Wachsens dieses Defizits angegriffen werde. Sie hat das bei gleichen Anlässen stets getan, und es liegt kein Grund vor, warum sie diesmal davon abgehen soll. Wer die Reden nachliest, die bei der Finanzaufbesserung von 1905-1906 von den Fraktionsrednern der Sozialdemokratie zur Regierungsvorlage gehalten wurden, sowie die vom Schreiber dieses im Auftrag der Parteileitung verfasste Broschüre über die Finanzaufbesserung und das Wählerhandbuch, das nach der Reichstagsauflösung von Mitgliedern der damaligen Fraktion abgefasst wurde, der wird finden, dass überall zunächst auf die Rüstungen als die Ursachen des Defizits hingewiesen und verlangt ward hier die Axt anzusetzen. Hier zwei Proben aus den letztgenannten Publikationen:

»Eine so ungeheure, so reissend schnell steigende Vermehrung seiner unproduktiven Ausgaben verträgt kein Volk, sie übersteigt die gleichzeitige Steigerung des Nationaleinkommens um ein Vielfaches. . . . Aber niemand wird uns einreden können, dass bei dem heutigen Stand der Zivilisation die Güter des Friedens nur um diesen hohen Preis zu haben seien, dass der Frieden nur erhalten werden könne, wenn die Steuerschraube für Heer und Marine von Jahr zu Jahr stärker angezogen wird. Es ist das Festhalten der herrschenden Klassen an einer innerlich schon längst überlebten Politik, welches diese unerhörte Vergeudung von Arbeitskraft in Form von Rüstungen unentbehrlich macht.«²⁾

»Diese Opfer sind aber so riesenhaft, dass überhaupt die Frage entsteht, ob sie aufgebracht werden können und auf wie lange. Die Frage entsteht nicht nur für Deutschland sondern für alle beteiligten Länder. . . . Die gesamte Kulturwelt [ist] aufs höchste dabei interessiert das Eintreten einer solchen Katastrophe zu verhindern. Das ist nur möglich, wenn aus der Mitte der beteiligten Nationen und

²⁾ Siehe meine Schrift *Die neuen Steuern* /Berlin 1906/, pag. 9 und 10.

millionenfach die Forderung erhoben wird ein internationales Parlament zu berufen, das die internationalen Beziehungen der Kulturvölker, sagen wir: auf dem Boden des *status quo*, regelt und ein internationaler oberster Gerichtshof eingesetzt wird, der, ausgestattet mit der nötigen Autorität, auftauchende Streitfragen endgültig entscheidet.³⁾

Dass die Sozialdemokratie in diesem Sinn prinzipiell zu kämpfen hat, darüber besteht kein Streit. Die Differenzen hinsichtlich unserer Stellung zur Einschränkung der Rüstungen beziehen sich auf den Modus der Verwirklichung, nicht auf den Grundgedanken selbst. So weit fordern die obengenannten Parteischriftsteller nur Selbstverständliches. Aber nicht selbstverständlich ist, dass die Sozialdemokratie, nachdem ihre prinzipielle Forderung abgelehnt ist, sich um die Deckung der Kosten nicht weiter zu kümmern sondern alles, was da vorgeschlagen wird, ohne Unterschied abzulehnen haben soll. Es würde das ein utopistisches Hinwegsetzen über die Wirklichkeit und die Erfahrungen von vier Jahrzehnten politischen Kampfes der Sozialdemokratie zu jener Politik des *reinen Protestes* bedeuten, die Wilhelm Liebknecht in seiner Rede von 1869 über die politische Stellung der Sozialdemokratie vertrat, aber später selbst als unhaltbar erkannte. Nur vom Standpunkt des *reinen Protestes* aus hätte es Sinn sich der Finanzaufbesserung ganz und gar ablehnend gegenüber zu stellen. Sie passt für eine Partei, die zum Reich als Gemeinwesen sich als Aussenstehende verhält, seine Existenz als geordnetes Ganze in Frage stellt, wie das heute unsere Anarchisten tun, und wie es bei Liebknecht 1869 in der Tat der Fall war. Was aber 1869 noch eine gewisse Erklärung hatte, obwohl es auch schon in arger Verkennung der politischen Entwicklung wurzelte, und innerhalb der anarchistischen Doktrin immerhin folgerichtig wäre, das wäre 1909 unter dem Gesichtspunkt der Sozialdemokratie vollendeter Widersinn.

Entweder — oder. Entweder man verzichtet grundsätzlich auf das Reformieren und beschränkt sich, sofern man überhaupt in Parlamente eintritt, auf negative Kritik und, soweit diese möglich ist, Obstruktion. Oder aber man betreibt Reformen, und dann kann man Finanz- und Steuerfragen nicht anders behandeln als Fragen der Sozialpolitik im engeren Sinne dieses Wortes — im weiteren Sinne umfasst die Sozialpolitik selbstverständlich auch die Steuerpolitik —, der Wirtschaftspolitik, der auswärtigen Politik, der Wehrhaftigkeit und was sonst zu den Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung gehört. Alle diese Fragen greifen in einander über, und eine Partei, die ihr Mandat als Wahrerin der Interessen der arbeitenden Klassen empfangen hat, würde sich an ihren Pflichten vergehen, wenn sie die Macht, die ihr die Wähler durch ihre Stimmen verliehen haben, nicht darauf verwendete bei jeder dieser Fragen, der Steuerfrage nicht zuletzt, so viel Schädigung von ihnen abzuwenden als ihr nur möglich ist. Das ist eigentlich ein Gemeinplatz, und ebenso sollte man zurechnungsfähigen Leuten nicht erst zu sagen haben, dass die Parole *Keine neuen Steuern sondern Abrüstung!* zwar als politisches Programm durchaus logisch, aber als Direktive der parlamentarischen Tätigkeit sehr unzulänglich ist. Sintemalen die Sozialdemokratie nicht allein im Parlament sitzt, und über die Rüstungen bei ganz anderer Gelegenheit verhandelt und abgestimmt wird als über die Steuer. Bei den Steuergesetzen steht nicht mehr die Frage, in welcher Weise und für welche Zwecke

³⁾ Siehe das *Handbuch für sozialdemokratische Wähler* /Berlin 1906/, pag. 24 und 25-26.

die geforderten Mittel verwendet werden sollen, zur Entscheidung, sondern die Frage, von wem oder in welcher Weise sie aufgebracht werden sollen. Zu erklären: wir verweigern unter allen Umständen alles, weil wir die Zwecke der Verwendung missbilligen, hätte nur dann Sinn, wenn man damit verhindern kann, dass Steuern für jene Zwecke aufgelegt werden, wozu aber nötig ist, dass man die Mehrheit der Volksvertretung mit sich fortzureissen vermag. Es erklären, wenn man diese Möglichkeit nicht hat, wenn die Mehrheit der Volksvertretung vielmehr die Zwecke der Verwendung selbst beschlossen und die Aufbringung der Mittel selbst sich zum Ziel gesetzt hat, jedoch über die Natur der aufzuerlegenden Steuern uneinig ist, heisst sich zwecklos selbst der Möglichkeit berauben diese Uneinigkeit für die Wahrnehmung der anvertrauten Volksinteressen auszunutzen. Ein Abstentionismus, der selbst vielfach in Arbeiterkreisen nicht begriffen werden und den Gegnern der Sozialdemokratie das Spiel ausserordentlich erleichtern würde.

Nun ist freilich die Konstellation der Parteien und der Steuerprogramme diesmal eine solche, dass selbst dem begeistertsten Anhänger der Politik des *kleineren Übels* die Entscheidung zwischen ihnen sehr schwer wird. Nicht um tiefgehende Prinzipien der Steuerpolitik wird gekämpft sondern um ein Mehr oder Weniger von grundsatzloser Geldabzapfung. Beide Blocks, der klerikal-konservative und der bülowfromm-liberale Block sind darin einig, dass von den verlangten Millionen der Verbrauch zwischen drei Vierteln bis vier Fünfteln aufbringen soll, und dass nur das letzte Viertel oder Fünftel dem *Besitz* aufzuerlegen sei. Ihr Streit geht fast nur um die Formen, in denen die Abzapfung geschehen soll, und um die Verteilung der Last innerhalb der interessierten Gruppen. Dabei gibt es zwar auch noch grössere oder geringere Ungerechtigkeiten, grössere oder geringere steuerpolitische Ungeheuerlichkeiten, die ein Eingreifen der Sozialdemokratie herausfordern. Aber daneben streiten auch Steuervorschläge mit einander, denen gegenüber der Sozialdemokrat in der Tat versucht ist mit *Mercutio* zu rufen: »Die Pest auf eure beiden Häuser! Fechtet eure Händel allein aus und lasst Dritte ungeschoren!«

So begreiflich diese Stimmung, so wenig dürfen wir ihr nachgeben. K. Kautsky meint, nichts wäre verkehrter als die Wahlparole zuzuspitzen zu einer Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern: es hiesse dies das Spiel der Regierung spielen und zugeben, dass man selbst neue Steuern für erforderlich hält. Zunächst stehen wir aber vorläufig noch nicht im Wahlkampf, die Regierung zeigt vielmehr wenig Lust in jetziger Situation den Reichstag aufzulösen. Kommt es jedoch zu Auflösung und Neuwahlen, so wird zwar die Sozialdemokratie, wie oben gezeigt, ganz gewiss nicht unterlassen mit Schärfe auf die Ursachen des jetzigen hohen Steuerbedarfs sowie auf die Notwendigkeit und Möglichkeit von deren Beseitigung hinzuweisen; sie würde aber der Regierung und den gegnerischen Parteien den grössten Gefallen tun, wenn sie im übrigen den Wahlkampf nicht auf die Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern zuspitzte. Denn die Wahlen werden leider noch in sehr hohem Grade durch die Masse der zwischen den Parteien hin und her schwankenden Elemente entschieden, denen die internationalen Verhältnisse ein Buch mit sieben Siegeln sind, und die sich in diesen Dingen daher ausserordentlich leicht ein X für ein U machen lassen. Zum Nachdenken bringt sie erst die

Kostenrechnung und die Kennzeichnung der heutigen Art der Verteilung der Kosten.

Indes, wir stehen nicht im Wahlkampf sondern vor den Abstimmungen über die streitenden Steuerpläne. Kann da von Neutralität ernsthaft die Rede sein? Der Fehlbetrag im Reichshaushalt ist da und muss gedeckt werden, daran können wir nichts mehr ändern. Die grosse Mehrheit des deutschen Volks, die 8 Millionen deutscher Wähler, die bei den letzten Wahlen für die Kandidaten der Mehrheitsparteien gestimmt haben, haben es so gewollt oder mindestens geduldet, dass die Ausgaben beschlossen wurden, deren Ergebnis der Fehlbetrag ist. Wir als eine Minderheitspartei, die selbst bei zahlengerechter Vertretung diesmal nur knapp drei Zehntel der Abgeordneten zählen würde, müssen uns als Demokraten zurzeit darin fügen. Unsere Vertreter sind bei jetziger Sachlage in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber auf die Aufgabe beschränkt nach Möglichkeit die Steuerlast von den arbeitenden Klassen und von Handel und Verkehr abzuwehren. Diese Aufgabe, über die im Prinzip die Parteigenossen in ihrer grossen Mehrheit einig sind, birgt aber zwei Probleme, die noch wenig in der Partei erörtert sind, über die wir uns aber nachgerade doch klar werden müssen. Denn vor eines davon können unsere Abgeordneten diesmal plötzlich gestellt werden, und das zweite steht mit ihm im engen inneren Zusammenhang.

Es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber doch auch nicht unmöglich, dass im Streit zwischen dem Finanzaufbesserungsplan der Regierungen und der Liberalen und dem Finanzaufbesserungsplan der konservativ-ultramontanen Koalition in letzter Stunde die Entscheidung bei den sozialdemokratischen Stimmen zu liegen kommt. Zentrum und Konservative mit den Wirtschafts- und Agrarparteilern allein bilden noch keine sichere absolute Mehrheit, und da der Druckapparat der Regierungen jetzt etwas stärker als bisher in Bewegung gesetzt zu werden scheint und das städtische Kontingent der konservativen Partei gegen die Agrarierpolitik rebellisch zu werden beginnt, ist die Abspaltung einer Anzahl Konservativen von der Koalition wieder wahrscheinlicher geworden. Tritt sie ein, dann kann es dahin kommen, dass das Schicksal des konservativ-ultramontanen Steuerplans von den 43 sozialdemokratischen Stimmen abhängt. Doch könnte die Sozialdemokratie ihn nur dann zu Fall bringen, wenn sie bereit wäre im gegebenen Falle nicht bloss gegen ihn zu stimmen, was sie ja selbstverständlich tun wird, sondern auch das Gewicht ihrer Stimmen für den Gegenplan in die Wagschale zu werfen. Das aber ist ganz und gar nicht selbstverständlich sondern wäre unter verschiedenen Gesichtspunkten eine völlige Neuerung in der Abstimmung der Partei über Steuerfragen. Also soll es auch gar nicht in Erörterung gezogen werden, werden viele sofort einwerfen. Das wäre jedoch sehr kurzsichtig, blosses Vogelstrausspolitik. Wir müssen uns mindestens über die Konsequenzen unseres Tuns im voraus klar werden. Denn so viel ist klar: Die neue Fragestellung ist nicht nach Willkür und Phantasie ausgeheckt, sondern das natürliche Produkt der neuen Situation, in der die Partei sich heute sieht. Bisher hat sie in Steuerfragen bei den entscheidenden Abstimmungen stets mit schon vorher gesicherten Mehrheiten zu tun gehabt, ihr *Ja* hiess *Ja*, und ihr *Nein* hiess *Nein*. Jetzt aber ist das nicht der Fall. Jetzt kann ihr *Nein* faktisch die Wirkung eines ihr unerwünschten *Ja* haben.

Bis dahin ist jedoch die Position der Sozialdemokratie trotzdem uneinnehmbar. Sie hat darum noch nicht nötig es dem Freisinn nachzumachen. Auf die heute schon sich kundgebenden Vorwürfe der Regierungsliberalen, dass man sie in ihrem mannhaften Kampf für drei Viertel gegen vier Viertel Steuerreaktion im Stich lasse, kann die Sozialdemokratie vielmehr erwidern, dass kein Mensch die Regierung zwingen mit diesem Reichstag die Finanzaufbesserung durchzuführen. Sie solle nur zunächst einmal vom schlecht beratenen Reichstag an das Land appellieren, durch Auflösung den Wählern Gelegenheit geben mit den Steuerparteien Abrechnung zu halten. Täte sie das nicht, und drängten die Liberalen nicht auf die Auflösung hin, so zeigten sie dadurch, dass es ihnen mit dem Kampf gegen die Konservativ-Klerikalen nicht Ernst sei, und sollten die Sozialdemokratie ungeschoren lassen. So weit, so gut. In dieser Hinsicht herrscht in der Partei sicher nur eine Stimme. Und da 10 gegen 1 zu wetten ist, dass die Regierung nicht auflösen wird, so werden wir unsere Hände in Unschuld waschen können. Damit mag aber das gestellte Problem für gelöst halten, wer will. Freunde einer grundsätzlichen Lösung, ob *radikal* oder reformistisch, könnte ein solches Herauswursteln nicht befriedigen. Es wäre nur eine Verschiebung, aber keine Erledigung der Frage, die immer wieder auftauchen wird, und zwar in um so schärferer Zuspitzung, je mehr die Zahl unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körpern wächst. Nehmen wir an, der Reichstag würde aufgelöst, was würde nach der Neuwahl die Situation sein? Zweifelsohne würde unsere Partei wesentlich verstärkt ins Parlament zurückkehren, aber die Konstellation der gegnerischen Parteien würde schwerlich so verändert sein, dass ohne die Sozialdemokratie eine Mehrheit gegen Zentrum und Konservative zu stande käme. Unsere Stimmenmacht wäre gewachsen, aber mit ihr auch unsere politische Verantwortung. Von unseren Abstimmungen, von unseren Erklärungen würde um so mehr die Richtung der deutschen Steuerpolitik bestimmt werden.

Es kommt daher alles darauf an, sich die Grundfragen vorher in ihrer ganzen Schärfe vorzulegen. Die erste ist im Vorhergehenden entwickelt und lässt sich dahin zuspitzen, ob die Sozialdemokratie bei ihrer Abstimmung über vorgeschlagene Steuern durch absolutistische Erklärungen sich von vornherein die Hände binden oder sich das Recht vorbehalten soll, hier, wie bei anderen Fragen der Gesetzgebung, gegebenenfalls auch unter Übeln zu wählen. Die zweite Frage ist, ob die Sozialdemokratie im heutigen Staat überhaupt in entscheidenden Abstimmungen Steuern zustimmen darf, selbst wenn diese ihrer Natur nach den sozialdemokratischen Steuerprinzipien durchaus entsprechen. Es ist das nämlich neuerdings sogar für diese Art Steuern in Frage gestellt worden und wird auch in den Artikeln des genannten Dreigespanns in variierender Abtönung in Frage gestellt. Was die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch 1906 einmütig bei der damaligen Finanzaufbesserung tat, soll nun nicht mehr erlaubt sein. Begründet wird es mit Wendungen, die die Abstimmungen über Steuern schlechtweg als Abstimmung für oder gegen Regierungssysteme hinstellen.

Es kann nicht eindringlich genug anempfohlen werden sich die Konsequenzen dieser Deduktion sorgfältig zu überlegen. Aus ihr spricht eine durchaus irrige, auf Verallgemeinerung von bestimmten Ausnahmefällen beruhende und überlebte

